

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. für Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. jährlich 20,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postbestellungen, Nachnahmen und sonstige Änderungen entgegen. Im Krieges- und sonstigen Verordnungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises. — Rücksendung eingewandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 6erzellige Raumzeile 20 Pf., die 4erzellige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 2erzellige Zeile im ersten Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennig. Wo tag und Platzverhältnisse erfordern, wird nach Möglichkeit am nächsten Vormittag durch Fernruf übermittelten Nachrichten über, wie keine Garantie. Jeder Abbestellung ist ein Brief, wenn der Betrag durch die Zeitung eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 81 — 91. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postbez.: Dresden 2640

Donnerstag, den 7. April 1932

Ein überflüssiger Versuch.

Während sich in Deutschland unter gewaltigem Lärm, aber auch unter stärkster innerer Anteilnahme der Wählermassen der Kampf um die Reichspräsidentenschaft abspielt, während auch in Frankreich die ersten Takte des Wahlkampfes erklingen, ringt man draußen in der Welt mit weniger Lärm aber noch größerer Energie um die fürchtbar schwer gewordenen wirtschaftspolitischen Probleme. Man möchte selbst einmal nur einen Augenblick von den politischen Hintergründen der „Donaufrage“ absehen, — und dann kann man vielleicht sagen: Das „Ob“ und „Wie“ der Lösung dieser Frage ist geradezu der Präfiz ein dafür, ob Europa einen für sein Leben wichtigen Teil rein wirtschaftlich zu retten vermag oder nicht. Oder, um mit Macdonald selbst zu sprechen: Hier liegt ein Probefall der europäischen Politik vor, ob es gelingt, die „Politik“ auszuhalten, das Donaugebiet wirtschaftlich zu stabilisieren. Man wird sehen, ob nun die zweite diesbezügliche Konferenz in London den Weg weiter geht, den die Entente Tardieu und Macdonalds anscheinend wenigstens nicht mit übertriebenen Hindernissen vorgegeben hat. Auf einem anderen Blatt steht freilich, wie es damit auf der eigentlichen, der Genfer „Donaufkonferenz“ auszuwirken wird.

Auch dabei sind einige „Rebentöne“ hörbar, deren Erklingen von den politischen „Musikanten“ auch gar nicht verhehlt werden. Daß man für diese „reparationspolitischen“ Töne bereits bei den Londoner Besprechungen eine gemeinsame Melodie — oder den Anfang dazu — gefunden hat, entspricht sich vollkommen dem Wissen der Außenwelt; denn die Andeutungen der Beteiligten gehen über das Unverbindlich-Allgemeine amtlicher Erklärungen kaum hinaus. Man sucht in England und auch in Frankreich selbst nach Auswegen aus der Lage, die nicht nur vom Reichskanzler eindeutig dargelegt ist, sondern von unseren Tributgläubigern — recht ungern — als Wirklichkeit anerkannt werden mußte! Deutschland vermag auch nicht einen einzigen Pfennig zu zahlen; es vermag aber auch nicht, in die völlig ungewisse wirtschaftliche Zukunft hinein irgendwelche bindenden finanziellen Verpflichtungen zu machen. Und selbst mit Gewalt könnte man aus Deutschland keinen Pfennig herauspressen, mit Gewaltanwendung die allgemeine Weltreise nur noch fürchtbarer machen.

England hat ja schon einmal — im Januar — bei Dr. Brüning angefragt, ob Deutschland mit einer einfachen Verlängerung des Hoover-Moratoriums bis etwa zum Dezember einverstanden sei; der Reichskanzler hat mit Nein geantwortet. Nun hört man davon, daß man uns in England mit einem ganz eigenartigen Vermittlungsvorschlag doch noch „herumkriegen“ möchte. Dieser Vorschlag hat — um dies gleich von vornherein noch zu bemerken — den Zweck, eine allzu lange Ausdehnung der für den Juni in Lausanne angelegten „Reparationskonferenz“ zu vermeiden, schon deswegen, um den Engländern eine rechtzeitige Abreise nach Kanada zu der großen „Reichskonferenz“ zu ermöglichen, auf der sich alle Vertreter Englands, seiner Dominien und Kolonien zusammenfinden werden vor allem zu schwerwiegenden wirtschaftlichen Beratungen. Außerdem glaubt man in London immer noch, daß in Lausanne aus einer ganzen Reihe von Gründen eine wirkliche Lösung der Reparationsfrage nicht gefunden werden könne, — also sucht man nach einem Um- und Ausweg, der nicht gerade wie ein Scheitern der Konferenz ausseht, sondern eine Verschiebung ist.

Wenn die Gerüchte hierüber auf Wahrheit beruhen, dann soll England nämlich einen doppelten Vorschlag machen: Eine internationale Kommission stellt fest, wieviel Deutschland bisher für „Reparations“ zwecks gezahlt hat, ferner wird von ihr untersucht, wieviel von Frankreich (Belgien) bisher für die „Wiederherstellungen“ in den kriegszerstörten Gebieten ausgegeben wurde. Diese Idee wirkt im ersten Augenblick unbedingt befriedigend, entspricht auch tausendmal geäußerten deutschen Wünschen und wir wären mit einer solchen Untersuchung mehr als einverstanden. Aber sofort erhebt sich ebenso schnell der Einwurf: Was hat das alles mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands und Europas zu tun, die ganz unter dem Druck der deutschen Young-Plan-Verpflichtungen steht? Was ändern jene Feststellungen — ganz gleichgültig, wie sie ausfallen — an diesem Zustand? Doch gar nichts! Es ist ja alles auch nur der Versuch, eine bessere, eine klarere, „objektiver“ Atmosphäre zu schaffen; aber man kann heute wohl sagen, daß dies von der Weltreise schon viel ausgiebiger besorgt worden ist.

Des Handwerks und des Reiches Not.

Deutsche Handwerks- und Gewerbetreuer in Dresden.
In Dresden trat der Deutsche Handwerks- und Gewerbetreuerbund zu Beratungen zusammen. Er hielt dabei im Ausstellungspalast eine öffentliche Vertreterversammlung ab, an der die Vertreter der Reichs-, Staat- und kommunalen Behörden sowie gleichgerichteter beruflicher Organisationen teilnahmen.

Ministerpräsident Schick

überbrachte die Grüße der sächsischen Regierung. Das Wort von dem goldenen Boden des Handwerks, so führte

Der erste Tag der Londoner-Konferenz.

Donauplan und Tributfrage.

Eine unmögliche Verkopplung.

Die Staatsmänner Deutschlands, Englands, Italiens und Frankreichs sind in London versammelt zur Konferenz der vier Großmächte, die am Schicksal der Donauländer interessiert sind. Für Frankreich hat Tardieu bei seinem Besuch bei Macdonald gut gearbeitet. Es ist eine englisch-französische Einigung zustande gekommen darüber, daß der Bund der Donauländer nach französischem Vorschlag gebildet werden muß, wenn auch über das Wie noch keine Beschlüsse gefaßt wurden. Vor diese Tatsache werden jetzt Deutschland und Italien gestellt und um ihre Meinung befragt. Da dieser Bund unter französischer Finanzhoheit den Plänen Deutschlands für einen wirtschaftlichen Aufbau Mitteleuropas entgegensteht und dieses nicht ohne weiteres geneigt sein wird, sich in ein Panuropa Tardieus als Objekt fremder Außenpolitik einfügen zu lassen, so wird Frankreich nach bewährtem Muster Deutschland unter Druck setzen, um es für seine Absichten gefügig zu machen. Das wird sich insbesondere darin ausdrücken, daß Frankreich die Donaufrage mit der Tributfrage verkoppliert wird. Damit wird auf Deutschland dann aber kurz oder lang allerdings ein außerordentlich harter Druck ausgeübt werden, ein Druck, von dem Frankreich hofft, daß Deutschland ihn angesichts seiner Finanzlage nicht lange auszuhalten vermag.

Zwei Möglichkeiten gibt es dann für Deutschland. Wird die Donaufgabe mit der Tributfrage verknüpft, so liegt darin unter Umständen vielleicht viel Verlockendes insofern nämlich, als wir von Frankreich eine Verlagerung der bestehenden wirtschaftlichen Erleichterungen und womöglich noch ihre Erweiterung erlangen können, sofern wir uns mit dem politischen Inhalt des französischen Donaufvorbahens einverstanden erklären. Es bedeutet dies freilich für unabsehbare Zeit den Verzicht auf deutsche Politik schlechthin. Wir wären eingegangen in das von Frankreich so nahe und geschickt betriebene Panuropa. Die andere Möglichkeit ist die, daß wir ein klares und glattes Nein sagen. Täuschen wir uns aber nicht, daß mit diesem Nein an das deutsche Volk auf allen Gebieten seines Lebens schwerste Anforderungen gestellt würden, nicht vorübergehende, sondern wahrscheinlich für lange Zeit. Wollen wir Frankreich erfolgreich widerstehen können, so müssen wir bereit sein zu einem Leben sowohl äußerster Kargheit wie strengster Zucht, Einordnung und Hingabe an den Staat.

Die Eröffnung der Vier-Mächte-Konferenz

Eine große schaulustige Menge hatte sich in der Downingstreet in London eingefunden, um sich die Auf- fahrt der ausländischen Abordnungen zu der Vier-Mächte-Konferenz anzusehen. Zuerst erschien die französische Abordnung unter Führung des Finanzministers Lalande und kurz darauf trafen die Mitglieder der italienischen Abordnung — soweit sie nicht an dem Frühstück beim Ministerpräsidenten Macdonald teilgenommen hatten — auf dem Hofe des Foreign Office ein. Dann kamen Staatssekretär von Bülow und Ministerialdirektor Boffe sowie der italienische Außenminister Grandi mit Begleitung aus dem Hause heraus. Ihnen folgten Handelsminister Mancinani und Außenminister Sir John Simon. Als letzter kam Ministerpräsident Macdonald in Begleitung des Schatzkanzlers Neville Chamberlain. Sie begaben sich in den Locarnorum, wo sie die Abordnungen begrüßten und hierauf die Sitzung über die Donaufragen im alten Kabinettsraum eröffneten.

der Ministerpräsident dann aus, passe nicht mehr auf unsere heutige Zeit. Zu den Folgen des verlorenen Krieges gehöre in erster Linie die auf der Kriegsschuldfrage aufgebaute Erpressung vor Tribut, deren Unerfüllbarkeit und weltwirtschaftlicher Widerspruch schon längst erwiesen sei. Das einzige Resultat dieser Erpressung sei das Chaos in der ganzen Welt.

Tribute zahlen werden wir nicht wieder, wir können und wollen nicht mehr!

Gerade in Sachsen wird diese Erkenntnis am stärksten empfunden, da sein Wirtschaftskörper unter der Not der Zeit schwerer leidet als die übrigen Gebiete Deutschlands. Bis wir uns von dem schweren außenpolitischen Druck endgültig befreit haben, werden alle Maßnahmen der Regierungen des Reiches und der Länder Stückwerk bleiben müssen. Selbstverständlich wird eine Regierung aber heute schon alles das tun müssen, was möglich ist.

um das deutsche Handwerk für eine bessere Zukunft zu erhalten.

Die sächsische Regierung wird den gewerblichen Mittelstand nach Kräften fördern und ihn durch sparsamste Füh-

Der erste Londoner Konferenztag.

Für sofortige Hilfsmassnahmen für die Donauländer.

In der Nachmittagsitzung der Donaufkonferenz wurde beschlossen, zwei Ausschüsse einzusetzen. Der erste Ausschuss besteht aus den Abordnungsführern, jedoch ohne Macdonald. Er soll die Einzelheiten behandeln und feststellen, wieweit die einzelnen Mächte zu einer Einigung gelangen können. Der zweite Ausschuss setzt sich aus Finanzfachverständigen der vier Regierungen zusammen. Er hat die Aufgabe, den Bericht des Finanzausschusses des Völkerbundes nachzuprüfen, der sich in vieler Hinsicht als ein Hindernis für eine Einigung erwiesen hat. Der Ausschuss soll feststellen, wieweit sich gewisse Empfehlungen praktisch durchführen lassen.

Nach Schluß der Nachmittagsitzung der Donaufkonferenz wurde amtlich erklärt, die Konferenz stimme darin überein, daß die behandelten Fragen und die finanzielle Lage der Donauländer baldige Maßnahmen in Südosteuropa erforderten.

Gedämpfter Optimismus.

Deutschland und Italien gegen Frankreich.

Die Verhandlungen des ersten Tages der Londoner Donaufkonferenz haben damit geendet, daß der Optimismus, den Macdonald und die französischen Vertreter noch bis zum letzten Augenblick zur Schau trugen, gedämpft wurde, und daß deutscher- und italienischerseits die Besprechungen pessimistisch beurteilt werden. Entgegen den Erwartungen ist

die deutsche und italienische Abordnung von dem Inhalt der Besprechungen zwischen Tardieu und Macdonald nicht unterrichtet

worden, und eine Besprechung der vorgesehenen Programmpunkte ist ebenfalls nicht erfolgt. In der Konferenz ergaben sich zwei Gruppen; auf der einen Seite England und Frankreich, die sich hauptsächlich an der finanziellen Seite des Donaufproblems interessiert zeigten und sich im großen und ganzen schon über den Donaubund geeinigt hatten, auf der anderen Seite Deutschland und Italien, die rein wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund stellten. Italien gab zwar allgemein sein Einverständnis zu der Einführung des Vorzugszollsystems, erhob aber Einspruch dagegen, daß es lediglich auf die Donauländer ausgedehnt werden solle und verlangte die

Einbeziehung der Großmächte.

Der deutsche Vertreter wandte ein, daß die Donaufgabe für sich allein nicht lösbar sei, sondern in Verbindung mit den anderen Problemen betrachtet werden müsse. Er wies darauf hin, daß das Vorzugszollsystem für die Donauländer nicht die erwartete Erleichterung und die Steigerung der Kaufkraft bringen würde, an der Deutschland interessiert sei. Dieses Verfahren würde keine Vorteile bringen. Die Verhandlungen über diesen Punkt nahmen eine sehr lange Zeit in Anspruch und waren außerordentlich lebhaft.

England vertritt die Auffassung, daß die Wirtschaftslage in den Donauländern derart ernst sei, daß sofortige praktische Maßnahmen ergriffen werden müßten. Dem entsprechend dringt es darauf, daß die Konferenz möglichst bis Donnerstagabend, sonst aber bis Freitag zu einem Abschluß kommt.

Bei der deutschen Abordnung nimmt man an, daß die Entwicklung nur Schrittweise vor sich gehen werde, wobei deutscherseits sehr stark darauf hingewiesen wird, daß der Völkerbundsrat ein wesentliches Wort mitzusprechen habe.

zung der öffentlichen Verwaltung gegen Überlastung und Auffassung schügen.

Ministerialrat Dr. Hoyer überbrachte die Grüße der Reichsregierung, die sich darüber klar sei, daß die Handwerks- und Gewerbetreuer der feste Pfeiler in dem stolzen Organisationsgebäude des deutschen Handwerks seien. Die Reichsregierung wisse aber auch, was das Handwerk für das gesamte Volk, für das staatliche Gesehige und die Volkskultur bedeute.

Das Handwerk habe eine überraschende Widerstandsfähigkeit in seinem Existenzkampf bewiesen.

Die Reichsregierung werde das Mögliche für die Erhaltung und Förderung des gewerblichen Mittelstandes tun; die letzte Notverordnung habe bereits mit der Regelung des Zugabewesens, des Ausverkaufs und der Einheitspreisgeschäfte wertvolle Hilfe gebracht.

Präsident Pflugmacher wies in seiner Rede auf den Ernst der Stunde hin. Die Arbeitslosigkeit sei von der Reichsregierung nicht behoben worden; man habe nicht einmal versucht, die Arbeitslosenversicherung in ihrem System der Zeit anzupassen.